

Wie demokratisch ist die europäische Forschungs- und Technologepolitik?

**Der politische Entscheidungsprozess zum laufenden fünften EU-
Forschungsrahmenprogramm aus österreichischer Perspektive**

Forschungsprojekt am IHS

Susanne Pernicka
Monika Feigl-Heihs
Alfred Gerstl
Peter Biegelbauer

im Auftrag des BM:BWK
Laufzeit: Oktober 1999-Mai 2002

Rahmenbedingungen

- Europäische Integration im Bereich der FTE-Politik
- Einheitliche Europäische Akte (1986); Vertrag von Maastricht (1993) und Amsterdam (1997)
- Subsidiaritätsprinzip
- Wichtiges FTE-politisches Instrument auf EU-Ebene: Rahmenprogramme für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (aktuell: 5.RP)

Wie demokratisch ist die europäische FTE-Politik? Oder: wie demokratisch soll sie sein?

- Die Forschungs- und Technologiepolitik ist ein von ExpertInnen dominiertes hochkomplexes Politikfeld
- Neben und an die Stelle der parlamentarischen Demokratie treten sowohl auf der nationalen als auch auf der supranationalen Ebene kooperative Formen der Staatstätigkeit (Benz 1998a)
- Vordergründig unumstrittene technokratische Entscheidungsfindung
- Aber: Im Schatten des Kooperationszwanges im Mehrebenensystem der EU treten auch Konkurrenz um ökonomische Startvorteile, Wettbewerb um finanzielle Rückflüsse und nicht zuletzt den Konflikt um Ressourcen für eine sozial und ökologisch nachhaltige Techniksteuerung auf (Dolata 2000)

Regulative und distributive Politikfelder der EU

- Marktsteuerung und Wettbewerb (z.B. Liberalisierung des Energiemarktes)
- Forschungsfinanzierung als Anreiz für eine optimale Allokation von FTE-Ressourcen
- Verteilung finanzieller Mittel zwischen den Mitgliedstaaten (Steigerung des europäischen Mehrwerts; Centers of Excellence)
- Korrektur von Marktversagen (Effektivität) und demokratische Legitimität – ein Widerspruch?

5. Rahmenprogramm: Aeronautik und Sozioökonomie

- Neue Perspektiven für die Luftfahrt (thematischen Programm Wettbewerbsorientiertes und nachhaltiges Wachstum): strategische Schlüsselposition im internationalen Wettbewerb
- Sozioökonomie: umkämpftes ideologisches Konfliktfeld
- Machtungleichgewicht in der institutionalisierten Interessenvertretung der Aeronautik gegenüber der Sozioökonomie
- Problematik der demokratischen Teilhaberechte im politischen Entscheidungsprozess

Demokratiethorie

- Einer Bewertung der demokratiepolitischen Qualität von Entscheidungsprozessen im europäischen Mehrebenensystem muss ein breites normativ-theoretisches Modell zugrunde liegen, welches einerseits auf die Prinzipien nationalstaatlicher Demokratien zurückgreift, andererseits aber Offenheit gegenüber einer völlig neuen Art der politischen Herrschaftsordnung beweist

Prinzipien für demokratisch legitimiertes, staatliches Handeln

Prinzipien	Staatliches Handeln
Inputperspektive	
<ul style="list-style-type: none"> - Prinzip der Interessenvermittlung zwischen Regierten und Regierenden - Prinzip der politischen Gleichheit 	<ul style="list-style-type: none"> - Einräumen von gleichen Beteiligungsmöglichkeiten für die betroffenen BürgerInnen und deren Repräsentanten: Verbände, ExpertInnen und Parteien - Die gleichen Beteiligungsmöglichkeiten sollen den BürgerInnen ermöglichen, ihre Interessen authentisch einzubringen.
<ul style="list-style-type: none"> - Prinzip der Öffentlichkeit - Prinzip der Verantwortlichkeit 	<ul style="list-style-type: none"> - Schaffung von Transparenz und Nachvollziehbarkeit bei politischen Entscheidungsprozessen und dem Handeln von RepräsentantInnen - Dadurch werden Kontrollierbarkeit und die Zuordnung von Verantwortlichkeit ermöglicht.
Outputperspektive	
<ul style="list-style-type: none"> - Prinzip der Effektivität 	<ul style="list-style-type: none"> - Finden von effektiven (pareto-optimalen) Problemlösungen. - Anerkennung/Akzeptanz der Problemlösungen/-definition durch die BürgerInnen - Repräsentanz von ExpertInnen und Verbänden in Politiknetzwerken (erhöht das Problembewusstsein und die Qualität der Entscheidungen)

Schlussfolgerungen

- Dominanz der Europäischen Kommission als Agenda-Setterin und Moderatorin in Entscheidungsprozessen
- Gefahr, dass Programminhalte in erster Linie den Interessenslagen der nur indirekt demokratisch legitimierten Kommission und den von ihr eingebundenen AkteurInnen entsprechen
- Entscheidungsdruck im Rat (Einstimmigkeitserfordernis)
- Vorbringen darüber hinausgehender Anliegen und einer authentischen Repräsentation der europäischen Forschungsinteressen verblieb im Bereich der organisierten Gruppen
- Chancen zur effektiven Interesseneinbringung verteilen sich ungleichmäßig, je nach Struktur und Einflusslogik ihrer Vertretung sowie ihres ökonomischen Machtpotenzials